

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl.
monatl. 4,00 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl.
Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen
monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 zl. — Einzel-Nr. 25 gr.
Dienstags- und Sonntags-Nr. 10 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebs-
störung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige
Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.,
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei
Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von An-
zeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Postgeschäften: Breslau 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 234.

Bromberg, Mittwoch den 12. Oktober 1932.

56. Jahrg.

Einheitsfront der politischen Sterndenter

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Die internationale Konstellation, die sich in der letzten Zeit infolge der deutschen Gleichberechtigungsforderung ge-
staltet, aber noch keine endgültige Gestalt gewonnen hat, erscheint verschiedenen Beobachtern in den verschiedenen Ländern verschieden, je nachdem, von welchem Standpunkte aus die Betrachtung angestellt wird, je nach den geistigen und Gefühlsqualitäten des Beobachters, hauptsächlich aber je nachdem, welchen Zwecken die Betrachtung dient.

Da es sich ja um ein politisch Werdendes handelt, werden das Vermögen und der Wunsch, die Dinge, wie sie wirklich sind, zu sehen und zu beschreiben, durch das Bestreben überwuchert, das Werden der Dinge durch deren Beschreibung zu beeinflussen. Man gibt sich den Anschein von Objektivität und treibt eine umso wirksamere Propaganda. Das geschieht manchmal schon durch eine geschickte Wahl un-
eigener Bezeichnungen.

Die politischen Astronomen in Polen beobachten jetzt mit besonderer Spannung die Evolutionen der internationalen Kräfte, welche die deutsche diplomatische Aktion in der Frage der Gleichberechtigung in Bewegung gebracht hat, aber anders als richtige Astronomen, die mit grenzenloser Geduld arbeiten und vorsichtig in Feststellungen sind, sehen sie durch ihre wenig künstlichen Teleskope am Sternenhimmel der internationalen Politik vieles und anderes, als dort sicherlich vorhanden ist und erzählen in reichem Wortschwall mehr als sie beobachtet haben. Diese zielbewußte Überreibung mancher Daten, gepaart mit Blindheit gegen andere, vielleicht unvergleichlich wichtigere Daten bildet das gemeinsame Element der zahlreichen Beobachtungen dieser Astronomen und Deuter der internationalen Himmelserscheinungen, wie manigfach die Verschiedenheiten unter diesen Beobachtungen auch sein mögen.

Überblickt man die Flut der Artikel, welche die polnische Presse dem „Zentralpunkt der europäischen Politik“ widmet, (wie der „Robotnik“ die deutsche Gleichberechtigungsforderung mit allem drum und dran bezeichnet), nimmt man eine einheitliche Grundtendenz wahr, die alle Betrachtungsweisen und Einschätzungen von der sozialistischen Linken bis zur äußersten Rechten hindurchzieht, eine Solidarität darin, nicht das zu sehen, was wirklich vorhanden ist, um dann das falsch Verstandene für einen im voraus gelesenen Zweck nutzbar zu machen.

Am politischen Weltthimmel blinkt das Zweigestirn Papen-Schleicher. Für die polnische Einheitsfront hat dieses Zweigestirn vor allem eine astrologische Bedeutung: es bedeutet vor allem Unheil. Welche Art von Unheil? Wie ist dieses Unheil abzuwenden? Diesbezüglich gehen die Hypothesen auseinander. Je nach der Farbe der Phantasie, die sie entwirft.

Der „Robotnik“ ist in der angenehmen Lage (o, wie wohltuend!) diesmal wiederum in der Haupthache mit dem gesamten polnischen Nationalismus in Übereinstimmung zu sein und doch im Nebenfächlichen pazifistisch abzuweichen.

Das sozialistische Blatt sieht und deutet, wie folgt:

„Die Situation ist die, daß Deutschland vorderhand isoliert ist. Bestätigt hat dies mit Nachdruck die heimliche einmütige Wahl Polens in den Volksbundrat. Wir betrachten dieses Moment als entsprechend, um nachzuweisen, was sich hinter der Gleichberechtigungsforderung seitens Papen-Schleicher verbirgt.“

„Es ist klar, daß es den preußischen Junkern keineswegs um den Grundsatz der Gleichberechtigung, um die Befriedigung des nationalen Ehregeizes oder Stolzes geht. Wenn es sich nur darum handelte, würde sich mühelos eine Vereinigungsfürsorge finden lassen. Nein, die Junker wollen um jeden Preis rüsten, sie wollen die militärische Macht Deutschlands aus der Zeit vor dem Kriege wiederherstellen, was sie keineswegs verbergen...“ Wenn also die Junker — folgert das Blatt weiter — „sich rüsten wollen und niemand rüstet zum Spielen, so ist der Zweck dieses Rüstens ein einziger: der Revanchekrieg um Wiederherlangung der verlorenen Gebiete, der Krieg vor allem mit Polen. Wenn Papen für Deutschland das Rüstungsrecht fordert, so sagt er damit: im entsprechenden Augenblick werden die Deutschen Polen überfallen, um die verlorenen Provinzen zurückzunehmen.“

Davon, daß die deutsche Forderung Krieg bedeutet, gibt man sich im Westen allgemein Rechenschaft. Aber daß dieser Krieg ein Krieg mit Polen wäre, davon hat bisher niemand geschrieben. Und es nimmt geradezu wunder, daß die polnische Diplomatie in dieser Sache bisher nicht das Wort ergriffen hat.“

Visher ist alles im klassischen Stile der Endecja gehalten. Jetzt kommt der zierliche pazifistische Aufschluß. — Also eine Auflösung an die wenig energische polnische Diplomatie: „Man hat in den letzten Wochen viele Gelegenheiten zum Auftreten versäumt. So hat z. B. die deutsche Note an die französische Regierung die Erklärung enthalten, daß die Deutsche Regierung stets bereit sei, über Pläne zur Diskussion, welche die Festigung der Sicherheit aller Staaten auf gleicher Grundlage zum Zwecke haben. Unserer Ansicht nach hätte die polnische Regierung als Antwort darauf den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes unter der Adresse Deutschlands anmelden sollen. Deutschland hätte abgelehnt, aber diese Ablehnung würde es in der Meinung der Welt nur noch tiefer sinken lassen“. Was ist aber jetzt

zu machen? Welche rettende Idee ist dem „Robotnik“ aufgetragen? Etwa die Idee der Revision gewisser unhaltbarer Zustände auf dem Wege irgendeines neuen Schlichtungsverfahrens, einer Revision vom Standpunkte höherer Begriffe von den Grenzen zwischen Völkern und Staaten u. dergl.? Keineswegs. Dem Sozialisten vom „Robotnik“ ist alles Tabu, was auch der „Gazeta Warszawska“, was dem General Sikorski, was den Sanierern aller Observanzen Tabu ist. Er bedient sich nur anderer Phrasen, mit denen man heute nicht einmal Kinder betören kann... „Es ist angesichts des Auftretens Deutschlands nicht mehr an der Zeit, mit der moralischen Abrüstung Spiel zu treiben. Man muß den ganzen Willen und die ganze Energie anspannen, um die materielle Abrüstung herbeizuführen und Deutschland zum Aufgeben der wahnsinnigen Rüstungspläne zu zwingen. (Nur Deutschland? Warum verschweigt der Sozialist listig die schon vorhandene und nicht erst geplante Rüstung der anderen Staaten?) Man muß den gefährlichen Gedanken aufgeben, ... daß Polen genötigt sein werde, auf die eigenen Kräfte zu rechnen und sich darauf vorzubereiten, den Feinden vom Westen und Osten die Stirn zu bieten: Die Hoffnungen Polens, die Zukunft Polens sind untrennbar mit dem Frieden verknüpft, mit der friedlichen Zusammenarbeit mit dem Westen. Jetzt ist der Augenblick

außerordentlich zu einer Friedensoffensive seitens Polens geeignet!“

Was sollen diese Phrasen, die etwas Gewaltiges anzudeuten scheinen und nichts Konkretes besagen? Warum sagt der „Robotnik“ z. B. nicht klipp und klar, daß er für die gleichmäßige Herabsetzung der Rüstungen aller Staaten bis zu einem bestimmten Minimum sei, woraus sich logisch ergäbe, daß sich die Rüstungsstärke der Siegerstaaten an den gegenwärtigen Rüstungsstand Deutschlands proportional anzugleichen habe? Das wäre doch ein richtiges sozialistisches und pazifistisches Postulat! Ist es weiter sozialistisch und pazifistisch, die Abrüstungsfrage mit jener anderen Frage unübersichtlich und verwirrend zu verzwicken, die ebenfalls, doch gesondert einer Lösung bedarf, der Frage, der Hinweigräumung aller Ursachen sei es eines lauernden, sei es eines akuten Konflikts zwischen Deutschland und Polen? Wenn der Sozialismus in Polen keine eigene Lösungsformel vorschlagen kann oder will, für die er einzutreten Mut hätte, dann sei er ehrlich und verstecke sich nicht hinter pazifistischen Phrasen! Wozu die Überlegenheitspose des „Robotnik“ gegenüber den politischen Nationalisten schlechtweg: wie Kozielski, Koskowsky, Gen. Sikorski und deren sanatorischen Konkurrenten?

Die Begegnung in London.

Nach Pariser Meldungen steht die London-Reise Herrionts nunmehr fest; sie erfolgt in dieser Woche, der Tag steht aber noch nicht fest.

Wie aus London offiziell gemeldet wird, besteht wegen der Tatsache, daß Herriont allein eingeladen worden sei, für Deutschland und Italien kein Grund zu einer härteren Haltung, denn es sei nicht notwendig, diese beiden Länder erst von der Möglichkeit einer Vierer-Konferenz zu überzeugen. Der einzige Grund, der die Britische Regierung veranlaßt habe, Herriont einzuladen, sei der lebhafte Wunsch der Britischen Regierung, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die der Konferenz hinderlich sein könnte.

Der amerikanische Diplomat Norman Davis, der in London eingetroffen ist, hatte gestern mit dem Staatssekretär des Außenamtes Sir John Simon eine Unterredung. Norman Davis und Admiral Hepburn, der sich auf der Abrüstungskonferenz in seiner Begleitung befand, werden wahrscheinlich einige Zeit in London bleiben und zur Verfügung stehen, wenn die Anwesenheit amerikanischer Beobachter bei irgendwelchen internationalen Besprechungen für wünschenswert erachtet wird.

Nach Ansicht der Berliner diplomatischen Kreise ist jetzt nur noch die Terminfrage für die 4-Mächte-Konferenz offen. Das bedeutet wohl gleichzeitig, daß für die Reichsregierung kein anderer Tagungsort als der von den Engländern vorgeschlagene — nämlich London — in Frage kommt.

So optimistisch ist das Urteil nicht allgemein; endgültig wird die Frage, ob die Konferenz stattfindet und welches der Tagungsort sein wird, erst nach dem Tête-à-tête Macdonalds und Herrionts.

*

Paris, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Amtlich wird jetzt bekannt gegeben, daß Herriont am Mittwoch nach London abreisen wird, und daß die erste Begegnung mit Macdonald am Donnerstag stattfinden soll.

*

Macdonalds Initiative.

Wie die polnische Telegraphen-Agentur aus London meldet, veröffentlicht „New Chronicle“ eine sensationelle Meldung im Zusammenhang mit der Initiative Macdonalds über die deutsche Gleichberechtigungsforderung. Hierauf soll Macdonald in Lausanne dem Reichsausßenminister Neurath erklärt haben, die Britische Regierung werde die deutsche Gleichberechtigungsforderung unterstützen. Der Genfer Korrespondent der „New Chronicle“ behauptet, daß die Zusage Macdonalds schriftlich niedergelegt worden sei und sich im Besitz der Deutschen Regierung befindet.

*

Die Londoner Gespräche.

London, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Nachricht, daß zwischen Macdonald und Herriont der neue französische Abrüstungsvorschlag und ein zehnjähriger politischer Waffenstillstand erörtert würde, während dessen Deutschland die Frage der Ostgrenzen nicht antreide, meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß man von England unmöglich eine Garantie in der angedachten Richtung erwarten könne, wie Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei es offenbar wünschen. Es könne sein, daß der persönlichen Aussprache zwischen Macdonald und Herriont späterhin eine ähnliche Unterredung zwischen englischen Ministern und dem deutschen Reichskanzler oder Reichsausßenminister folge. Sollte diese persönliche Aussprache die deutsch-französischen Schwierigkeiten überwinden, so würde eine Acht- oder Neun-Mächte-Konferenz in Genf oder Lausanne stattfinden.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ dagegen sagt, daß Herriont nur deshalb nach London eingeladen worden sei, um der Abrüstungskonferenz neues Leben einzuhauchen. Es komme nicht in Frage, etwa Genf in den Hintergrund zu schieben oder eine Einheitsfront zum Nachteil Dritter zu schaffen. Der Austritt Deutschlands sei eher ein Kennzeichen als die Ursache des gegenwärtigen Stockens der Genfer Verhandlungen. Wenn es auch möglich sei, daß Herriont und Macdonald die deutschen Forderungen streichen würden, so werde sich ihre Unterredung doch hauptsächlich darauf erstrecken, wie man die Hindernisse aus dem Wege räumen soll, die sich der Fortsetzung der Abrüstungs-Verhandlungen entgegenstellen. Hierunter könne u. a. auch eine eingehende Besprechung über die Befürchtungen fallen, die Frankreich wegen seiner Sicherheit habe.

Der französische „Abrüstungsplan“.

Bombenflugzeuge für den Völkerbund. — Wo bleibt die Gleichberechtigung?

Paris, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ macht nähere Ausführungen über den angekündigten französischen Vorschlag für ein Abrüstungsabkommen. Der Plan, der noch Gegenstand einer genauen Prüfung des Pariser Außenministeriums und des Vaeedesverteidigungsrates sei, sieht folgende fünf Hauptpunkte vor:

1. Ein allgemeines Abrüstungsabkommen,
2. ein allgemeines Konsultativabkommen,
3. ein regionales Abkommen gegenseitiger Unterstützung der Sicherheit und der Kontrolle (dieser Teil des Plans bezieht sich lediglich auf Europa),
4. ein Abkommen über die Schaffung einer internationalen Streitmacht,
5. ein Protokoll über die Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung.

Der Sonderberichterstatter meint, dieser Plan trage den Vorschlägen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und den Empfehlungen des amerikanischen Staatspräsidenten weitgehend Rechnung. Das Konsultativabkommen mache es allen unterzeichnenden Mächten zur Pflicht, im Konfliktfalle den streitenden Parteien eine Höchstfrist von 48 Stunden zu setzen, um die Streitigkeiten einzustellen. Werde dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so würden sofort alle Sanktionsmaßnahmen in Kraft treten, die in dem Abkommen vorgesehen seien. Hierbei handle es sich für die europäischen Staaten um die bereits in anderen internationalen Verträgen vorgesehenen gegenseitigen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten des angegriffenen Staates, während Amerika auf die Vorteile der Neutralität verzichten solle. Das Abkommen sehe ferner die Verpflichtung vor, niemals ein anderes Land vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Was das regionale Abkommen angehe, so enthalte es die gleiche Präambel wie das Locarno-Abkommen und werde außerdem durch eine Nichtangriffs-Garantie verstärkt. Was schließlich die Schaffung einer internationalen Streitmacht anlange, so handele es sich darum, dem Völkerbund Bombenflugzeuge zur Verfügung zu stellen und den Unterzeichner-Staaten die Benutzung dieser Flugzeuge überhaupt zu verbieten. Parallel hiermit laufe eine strenge Kontrolle der Handelsflugfahrt. Die Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung sei so gedacht, daß ein diplomatisches Schriftstück zunächst einmal den gegenwärtigen Rüstungsstand aller Völker einschließlich Deutschlands feststelle. Auf der Grundlage des dann festgelegten Rüstungsstandes, der auf keinen Fall erhöht oder vermindert werden könne, solle Deutschland dann der Grundsatz der Gleichberechtigung zuerkannt werden.

Der tschechische Freund.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Genfer Korrespondent des „*Kurjer Poranny*“, Dr. Wloch, hat in einer sensationellen Meldung den außenpolitischen Denkern an der Weichsel einen Erisapfel zugeschleudert und erreicht, daß wegen dieser Meldung ein Streit entbrannt ist, von dem bereits ein Teil der Presse widerhallt. Dr. Wloch hat nämlich versichert, er wisse, daß die vier Staaten, welche gegen den Wiedereintritt Polens in den Völkerbundrat gestimmt haben, wären: Deutschland, Ungarn, Schweden und die Tschechoslowakei, während Litauen, welches man zu verdächtigen so geneigt war, seine Stimme für Polen abgegeben hätte. Da die Abstimmung im Völkerbund geheim ist, lag es nahe, der Meldung Dr. Włochs keinen Glauben zu schenken. Wem diese Meldung nicht paßte, wies sie auch als funflosen und schädlichen Klatsch zurück und entrüstete sich über die Annahme des Korrespondenten, der gewagte Behauptungen über Vorgänge aufstellt, welche ihm unmöglich bekannt sein könnten. Manchen Publizisten erschien aber diese Mitteilung über eine geheime Abstimmung im Völkerbund keineswegs absurd, ungeachtet dessen, daß ihre Richtigkeit nicht zu erweisen ist. Mit den Geheimnissen im Völkerbund hat es eine eigene Bewandtnis und wer die dortigen Kulissen kennt, weiß außerdem, wieviel Wege es gibt, um hinter sorgfam gehütete Vertraulichkeiten zu kommen, und daß außerdem so mancher Korrespondent viel mehr weiß, als er drahten darf. Schon daß Dr. Włoch glaubte, das, was er erfahren hatte, drahten zu dürfen, ist bezeichnend und beweist, daß die Quelle seines Wissens damit einverstanden war, oder daß zumindest ihr Bürgern wegen der Indiskretion nicht zu befürchten war.

Die politischen Kreise Warschaus, welche der Annahme, daß die Meldung aus Genf der Wahrheit entsprechen könne, zuneigten, betrachten die angebliche Stimmenabgabe Deutschlands gegen Polen als selbstverständlich, diejenige Schwedens als erklärlich, die Ungarns als schließlich exträglich. Wobei sie sich erregt aufhalten, was die Politiker vor die Köpfe stößt, ist die Möglichkeit, daß die Tschechoslowakei gegen Polen gestimmt haben könnte. Der Anstand verlangte es, abzuwarten, bis irgend eine Art von Dementi von tschechoslowakischer Seite erfolgte. Als dieses Dementi nach Verlauf von 48 Stunden seit der Meldung Dr. Włochs nicht erfolgt war, glaubte sich ein Teil der Presse der Pflicht entbunden, der Włochscher Meldung offiziell keine Glauben zu schenken. Jetzt nehmen sich hitzigere Publizisten des Regierungslagers kein Blatt mehr vor den Mund und es zeigt sich, wie schwer belastet das politische Konto des tschechischen Freunde bei allen denen in Polen ist, die nicht zur engsten endekischen Interessengemeinschaft gehören.

Der „*Express Poranny*“ zieht aus der also für wahr gehaltenen Meldung einige interessante Schlüssefolgerungen. Deutschland läßt dieses populäre Regierungsblatt in diesem Falle außer Betracht und bewertet bloß die Haltung der drei anderen Staaten, welche gegen Polen gestimmt haben. Es zweifelt nicht an „den reinen Intentionen“ Schwedens, welches seinem Grundsache treu geblieben ist, daß das Recht der Wiederwahl dem Geiste des Völkerbundes widerspreche. Dagegen wird Ungarn, wenngleich in schonender Weise, eine Rüge erteilt. Das Schmollen der Ungarn sei unbegründet. „Obzwar die politischen Sinnen Ungarns und Polens im Völkerbund ziemlich weit auseinandergehen“, so sei die Differenz doch nicht so groß, daß das Volk der „Vetter“ derart unfreundlich gegen Polen verfare.

Es bleibt die Tschechoslowakei übrig, der tschechoslowakische Freund... Die Geschichte der polnisch-tschechischen Freundschaft ist keine Idylle und kann auch keine sein trotz des reichlichsten Austausches von Phrasen und literarischen Liebenswürdigkeiten, denn diese Freundschaft hält sich auf lauter Negationen auf. Positiv ist sie nichts als das Lavieren zweier aufeinander neidischer nationaler Egoismen. Der Pole beklagt sich über die Unversäglichkeit des Tschechen, der Tscheche beschwert sich über den Dunkel und die Unaufdringlichkeit des Polen. Doch das sind bloß Redensarten, die am Wesentlichen vorbeigehen, und das Wesentliche sind reale Gegensätzlichkeiten. Der „*Express Poranny*“ nimmt jetzt Gelegenheit, den Tschechen zu sagen, wie ihr politisches Konto in Polen beschaffen ist. Das Blatt schreibt: „Die Opposition dieses Staates (der Tschechoslowakei) ist am sonderbarsten und wird in Polen kein geringes Erstaunen hervorrufen. Die breiten Massen werden nicht begreifen können, wie es geschehen ist, daß dieses brüderliche Volk, das mit uns durch die Gemeinsamkeit der Lebensgefahr (?) verbunden ist, an der Seite Deutschlands an der gegen uns gerichteten Demonstration hat teilnehmen können.“

„Doch derjenige, der die Taktik der Tschechoslowakei Polen gegenüber beobachtet, wird, ob er sich auch verwundern wird, dies für möglich halten. Prag betreibt nämlich uns gegenüber seit langem eine Zickzack-Politik: wenn es mit einer Hand sympathische Gesten vollführt, versetzt es uns mit der anderen mehr oder minder empfindliche Schläge. Von den maßgebendsten Lippen fallen einmal warme Freundschaftsworte für Polen, ein anderes Mal Ausdrücke des Mitgefühls für die deutschen Thesen bezüglich Pommerei; im landwirtschaftlichen Block marschiert man solidarisch mit Polen, dann wieder sucht man nach Gelegenheiten, um unseren Staat aus dem Schauspiel der mittel-europäischen Angelegenheiten zu eliminieren; man kündet Schlagworte von der Notwendigkeit des Aufzähmens eines starken Polens, aber unterstützt gleichzeitig alle Wühlerien der Ukrainer; man liebt Gdingen, aber günstige Tarife macht man für Hamburg; eine unbedeutende Passivität der Handelsbilanz mit Polen wird als innerträglich angesehen und der Umsatz zwischen den beiden Ländern wird mit drakonischen Mitteln gehemmt, um gleichzeitig einen Riesentribut einer passiven Handelsbilanz den Deutschen zu zahlen... Da, die Zickzack-Politik ist die beliebte Politik der Tschechoslowakei gegenüber Polen.“ Solange diese Zickzacklinie sich nicht in eine Gerade umwandelt, — meint das Blatt — kann es keine aufrichtige Zusammenarbeit geben. „Denn — heißt es zum Schluß — es wird uns leichter sein, den skandinavischen Doktrinarismus oder die magyarischen Schnellereien zu vergessen, als über die Taktik unaufhörlicher Schikanen zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Schutz der Minderheiten

Die Frage der Minderheiten ist eine der entscheidenden für das Funktionieren und damit das Bestehen des Völkerbundes als der für die Sicherung des Weltfriedens geschaffenen Gemeinschaftseinrichtung. Es ist deshalb begreiflich, daß immer von neuem dieses Thema in den Genfer Debatten auftritt, ohne eine endgültige Lösung zu finden. Deutschland hat sich dieser Frage von jeher besonders angewandt, nicht nur, weil ein großer Teil der zur deutschen Volksgemeinschaft Zählenden außerhalb der Landsgrenzen als Minderheiten fremden Staatsgebieten zugeordnet sind, sondern auch wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Daseinsbedingungen aller Minderheiten für den Frieden und die Wohlfahrt der Welt, vor allem Europas.

Die jüngsten Darlegungen des deutschen Delegationsführers, Gesandten von Rosenberg, vor der politischen Kommission der Völkerbundversammlung liegen auf dieser Linie. In vier Punkten hat er die Mängel des bisherigen Verfahrens aufgezeigt und dabei ein Thema abgewandelt, das schon auf der Madriter Ratstagung im Sommer 1929 von dem verstorbene Reichsausßenminister Dr. Stresemann in den Mittelpunkt gerückt worden war. Die Wünsche und Empfehlungen, die damals und in erweiterter und unveränderter Form jetzt wieder vorgebracht worden sind, laufen darauf hinaus,

den Minderheiten als Petenten ein Recht auf Gehör zu geben, das sie bisher nicht haben,

weiter eine Beschleunigung des bisher sehr umständlichen und langsamem Verfahrens herbeizuführen und dieses Verfahren vor der Öffentlichkeit abrollen zu lassen. Daneben sind noch weitere Fragen zur Diskussion gestellt worden, die die Völkerbundversammlung und nicht nur den Rat angehen.

Von den Vertretern kleinerer Mächte, und zwar namentlich solcher, die selbst mit Minderheitenfragen zu tun haben, ist gefordert worden, daß die einschlägigen Fragen ausschließlich dem Völkerbundrat vorbehalten bleiben sollten. Diese Forderung ist bezeichnend für die Besorgnis, daß Minderheitenrecht eine größere Rolle nicht nur im Völkerbund, sondern auch in der Weltöffentlichkeit spielen zu sehen. Von anderen Seiten sind die deutschen Anregungen unterstützt worden, so von den Vertretern Norwegens, Hollands, Dänemarks und Österreichs. Von dem polnischen Außen-

minister Zaleski ist eine Verallgemeinerung der Verpflichtungen zum Schutz der Minderheitenrechte, die bisher in einer Reihe von Einzelverträgen gegenüber verschiedenen einzelnen Staaten und mit nicht unerheblichen Abweichungen in den einzelnen Bestimmungen verbrieft sind, also eine Art Generalstatut für Minderheiten vorgeschlagen worden. Das widerspricht, wie Gesandter von Rosenberg hervorhob, keineswegs dem deutschen Standpunkt. Im Gegenteil zeigen eigene Maßnahmen im Sinne eines solchen Rechts, die von deutscher Seite seit geraumer Zeit ergripen worden sind, daß Deutschland praktisch einer solchen Generalisierung des Minderheitenrechtes vorarbeitet. Aber durch diese Frage kann das akute Thema nicht ausgeräumt werden, das eine ehrliche und gewissenhafte Erfüllung der bestehenden Sonderverträge betrifft. Im übrigen haben sich Verteidiger des bisherigen Zustandes und des beobachteten Verfahrens gefunden, und es ist bei dieser Debatte nicht zu abschließenden Ergebnissen gekommen.

Das ist weiter nicht verwunderlich. Denn es gibt kaum ein Thema, in dem so scharfe Gegensätze zwischen Deutschland und anderen Staaten und zwischen vielen anderen Staaten untereinander bestehen, wie die Frage des Minderheitenrechtes und des Minderheitenrechtes. Die Entwicklung des Nationalgedankens in der jüngsten Geschichte bedingt geradezu das Korrelat der Minderheitenfrage. Diese Rechte beziehen sich auf die

Gleichheit der staatsbürglichen Behandlung, die Gleichberechtigung im Staatsdienst

und in der Berufstätigkeit, auf die Freiheit zur Unterhaltung und zum Besuch eigener Schulen, auf das Recht zur Verwendung ihrer eigenen Sprache im täglichen Leben und im Verkehr mit den Behörden und auf die Aufrechterhaltung ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und politischen traditionellen Besonderheiten. Das Problem ist ein so großes und so tiefgreifendes, weil mit der Entwicklung der modernen und besonders der durch Verträge geschaffenen neuen Nationalstaaten eng verbundenes, daß einzelne Vorstöße zu seiner Lösung niemals zum Erfolg führen können, sondern nur eine fortgesetzte und immer erneuerte zielbewußte Erörterung in der Öffentlichkeit.

Einschließlich den Verhältnissen in Polnisch-Oberschlesien müßten die Lehrkräfte für die Geschäftsfächer (Deutsch, Geschichte und Geographie sowie Religion) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Von polnischer Seite sind für das Beuthener Gymnasium fünf Lehrkräfte angeboten, von denen nur eine die Reichsangehörigkeit besitzt, während mit der Leitung ein polnischer Staatsangehöriger betraut werden soll. Weiter muß der Frage der Lehrbücher besondere Bedeutung beigemessen werden. Da es sich um eine Anstalt mit polnischer Unterrichtssprache handelt, müssen die Lehrbücher in polnischer Sprache abgefaßt sein.

Die im Regierungsbezirk Oppeln an den Minderheitsvolkschulen eingeführten Lehrbücher in polnischer Sprache würden für die Zwecke des Gymnasiums keinesfalls ausreichen. Andererseits kommen die in Polen eingeführten Lehrbücher infolge ihrer deutschfeindlichen Tendenz nicht in Betracht, da es sich um eine deutsche Schule mit polnischer Unterrichtssprache handelt, nicht aber um eine Schule, die polnische Staatsbürger ausbilden soll.

Bei dieser Sachlage kann es sich nicht darum handeln, die Anstalt schon sofort zu genehmigen, sondern es kommt nur der April-Termin nach dem deutschen Schuljahr in Betracht. Auf alle diese Gesichtspunkte ist in einem Erlass des Provinzialschulkollegiums an den polnisch-katholischen Schulverein hingewiesen worden. Erst wenn die angekündigten Bedingungen vorliegen, kann die Eröffnung eines Gymnasiums mit polnischer Unterrichtssprache im allmäßlichen Aufbau von unten heraus erfolgen.

Von polnischer Seite sind die deutschen Bedenken zuerst in einer unverbindlichen Besprechung am 25. August anerkannt worden. In offizieller Form wurde dann am 7. September in mündlicher Besprechung vom polnisch-katholischen Schulverein angeregt, vom Oktober ab Übergangs- bzw. Vorbereitungskurse einzurichten, um die Schüler allmählich zu befähigen, dem Unterricht in dem regelrecht erst am 1. April 1923 zu eröffnenden Privatgymnasium zu folgen. Dieser Antrag ist in schriftlicher Form am 26. September beim Provinzialschulkollegium eingegangen, ein Bescheid steht noch aus.

Gegen falsche Berichterstattung.

Im politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung hat es am Freitag eine große Aussprache über den Antrag auf Bekämpfung falscher Presseberichte gegeben. Der Antrag zielt darauf ab, Reibungen unter den Völkern durch eine Irreführung durch die Presse zu verhindern. Das internationale Journalisten-Syndikat hatte darauf hingewiesen, die beste Methode zur Verhinderung falscher Meldungen in der Presse wäre die, daß über alle großen internationalen Probleme öffentlich verhandelt wird.

Der Vertreter der Polnischen Regierung trat wiederum für scharfe Maßnahmen gegen die falsche Berichterstattung ein und forderte die Einberufung einer internationalen Pressekonferenz. (Offensichtlich werden diejenigen polnischen Blätter, die es sich offenbar zur Aufgabe gemacht haben, durch falsche Meldungen und Verdächtigungen die politische Atmosphäre zu vergiften, bei der Einladung zu dieser Konferenz nicht umgangen werden. — Die Red.) Der deutsche Vertreter erklärte, Deutschland sei für eine jede Maßnahme zu haben, die darauf abzièle, die schweren Schäden, die falsche Pressemeldungen für die Beziehungen zwischen den Mächten hervorrufen, zu bekämpfen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

wie umgekehrt in Polnisch-Oberschlesien vom Wojewoden ganz strikt die polnische Staatsangehörigkeit des Leiters der dort vorhandenen sieben deutschen privaten höheren Lehranstalten gefordert wird.

